

Kurzanalyse österreichischer, deutscher und europäischer Politik zu Jahresbeginn 2012

2011 brachte Reformstau und Ansehensverlust der österreichischen Politik – Hoffnungen für 2012?

Die europäische, deutsche und österreichische Politik der letzten Monate waren geprägt von der Schulden- bzw. Eurokrise. Diese wird wohl auch das Hauptthema des Jahres 2012 sein.

2011 war ein weitestgehend wahlfreies Jahr in Österreich, was mancherlei Hoffnung nährte, dass der Stillstand in der österreichischen Politik überwunden würde. Der „Euro Plus Monitor“ des renommierten EU-Thinktanks „The Lisbon Council“ stellte für 2011 allerdings fest, dass Österreich bei den Reformen unter allen Euro-Staaten an 17. und letzter Stelle liegt. Estland führt diese Liste vor – der Not gehorchend – Griechenland, Irland, Malta und Spanien an. Die Plätze unmittelbar vor Österreich nehmen Belgien (14), Frankreich (15) und Deutschland (16) ein. Nun könnte man meinen – das ist doch logisch, stehen doch Deutschland und Österreich relativ am besten da, während Griechenland & Co verzweifelt um Reformen ringen müssen. Aber bei der Beurteilung der Gesamtpformance liegt lediglich Deutschland mit Platz 3 hinter dem reformfreudigen Estland und Luxemburg an der Spitze. Es folgen Niederlande (4), Slowenien (5), Slowakei (6), Finnland (7), während Österreich gerade noch in der Mitte auf Platz 8 landete.

Diese unbefriedigende österreichische Politik führte auch zu einem Tiefstand an Ansehen und Vertrauen, wie auch der im Herbst 2011 erstmals und künftig alljährlich veröffentlichte Demokratiebericht der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform ergab (Gesamtbericht unter www.demokratie-reform.at) abrufbar.

Vor allem führte es auch dazu, dass in den allermeisten Umfragen die FPÖ der große Gewinner ist, auf Platz zwei liegt und zwischenzeitlich schon als Nummer 1 ausgewiesen war. In der Folge der Vergleich der Umfragen von OGM/Kurier (1.Spalte), Market/Standard (2.), Gallup/Österreich (3.) zum Jahreswechsel mit dem NRW-Ergebnis 2008:

SPÖ	29	30	28	29,3
ÖVP	25	23	24	26
FPÖ	27	26	26	17,5
GRÜNE	14	14	13	10,4
BZÖ	4	5	5	10,7

Offen ist, wie sich ein allfälliges Antreten der „Piraten“ oder einer neuen Partei auswirken würde.

Das Gallup-Politikerbarometer führen die Newcomer Sebastian Kurz und Karlheinz Töchterle vor Reinhold Mitterlehner und Rudolf Hundstorfer an. Werner Faymann und Michael Spindelegger liegen deutlich zurück, wobei bemerkenswert ist, dass Faymann bei der Kanzlerfrage deutlich hinter der Zustimmung zur SPÖ liegt, während bis Wolfgang Schüssel alle österreichischen Kanzler deutlich über den Parteiwerten lagen.

2012 ist – mit Ausnahme der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Innsbruck nochmals weitgehend wahlfrei und die EU verlangt die „Schuldenbremse“ und damit deutliche Reformen. Es besteht also trotz aller bisherigen Erfahrung doch die Hoffnung auf den fälligen Reformschub.

Dynamik mit direkter Demokratie

Nach dem Bildungsvolksbegehren ist ein Demokratiebegehren der Gruppe „Mein Österreich“ angekündigt. Vor allem FPÖ und Grüne fordern mehr direkte Demokratie, ein Anliegen, über das auch die ÖVP in Zusammenhang mit der Schuldenbremse mit der FPÖ verhandelt und dem auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer positiv gegenübersteht. Es geht insbesondere um die Frage, ob ein Volksbegehren, wenn es von einer gewissen Prozentzahl unterstützt und vom Parlament missachtet wird, eine verbindliche Volksabstimmung nach ziehen soll. Bisher konnten die Volksbegehren ja vom Parlament einfach schubladisiert werden. Auch geht es um zeitgemäße Erleichterungen für Volksbegehren – der gegenwärtige Weg zum Gemeindeamt ist im Zeitalter des Internet anachronistisch. Vor allem auch mit der Umsetzung der im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Europäischen Bürgerinitiative in Österreich ist auch eine bürgerfreundliche Modifikation des Volksbegehrensgesetzes geboten.

Positives Beispiel Stuttgart 21

Gegen die Ausweitung der partizipativen Demokratie, die sich viele Bürger wünschen und die eine wichtige Ergänzung und Zusatzlegitimierung der repräsentativen Demokratie sein könnte, wird oft die Sorge ins Treffen geführt, dass dies zu einem Blockade-Instrument werden könnte und die Bürger nicht gut genug über Sachfragen informiert, dafür aber umso emotionalisierter seien.

Jetzt sollen nicht allein das Gegenbeispiel der Schweiz und das Anti-Atomvotum in Österreich 1978 bzw. das eindrucksvolle Pro-EU-Votum 1994 herangezogen werden. Am Sonntag, 27. November 2011 wurde in Baden-Württemberg über das hochemotionalisierte Thema „unterirdischer Bahnhof Stuttgart“ abgestimmt. Bei einer beachtlichen Beteiligung von 48,3 Prozent stimmten 58,8 Prozent im ganzen Bundesland für den neuen Bahnhof Stuttgart 21. Sogar in der Landeshauptstadt Stuttgart gab es eine Mehrheit von 52,9 Prozent.

Deutschland: Nach CDU-Niederlagenserie in den Ländern Stabilisierung im Bund – Merkel populärste Politikerin – FDP zerbröseln. Kommen Piraten?

Insgesamt brachte das Jahr 2011 in Deutschland deutliche Niederlagen für die CDU auf Landesebene – in Hamburg löste ein SPD-Mann den CDU-Bürgermeister ab, in Baden-Württemberg kam es erstmals nach Jahrzehnten der CDU-Dominanz zu einem grünen Ministerpräsidenten. Der durch Fukushima geförderte Grünen-Hype fand seine Begrenzung bei den Berliner Wahlen, wo quasi aus dem Nichts die Piraten in das Abgeordnetenhaus einzogen, während die FDP weiter marginalisiert wurde und weit von der 5 Prozent-Hürde für den Wiedereinzug in den Bundestag bzw. die Landtage entfernt ist.

Zu Jahresende hat sich die CDU bundesweit wieder stabilisiert, eine Koalitionsmehrheit ist aber aufgrund der dramatischen Schwäche der FDP nicht in Sicht – auch rot-grün dürfte sich nicht ausgeben, sodass wieder die Debatte über rot-rot-grün oder eine große Koalition – wie sie zuletzt in Berlin gebildet wurde – geführt wird. Eine schwarz-grüne Mehrheit ist gegeben, aber nur theoretisch. Die Piraten sind schwer einschätzbar – vor allem auch, wie lange sie – die sie auch Ausdruck des Unbehagens am Parteiensystem sind – Bestand haben.

Zu Jahreswechsel 2011 ermittelte TNS für den SPIEGEL folgende Werte in Prozent (in Klammer die Veränderung zum letzten Bundestagswahlergebnis 2009):

CDU/CSU	35	(+ 1,2)
SPD	30	(+7,0)
Grüne	16	(+5,3)
Piraten	7	(+5)
Linke	6	(-5,9)
FDP	3	(-11,6)

Dieses Ergebnis deckt sich im Wesentlichen mit dem Allensbach-Befund von Dezember – Allensbach veröffentlicht in der FAZ immer auch die Ergebnisse für „Ostdeutschland“ (=neue Bundesländer), die vor allem in Bezug auf die Linke signifikant von den gesamtdeutschen Daten abweichen – hier kommt die CDU auf 29,5, die FDP auf 27, die Linke auf 20,5, die Grünen bloß auf 10,5, auch die Piraten nur auf 4, während auf die FDP 3,5 und auf Sonstige 5 Prozent entfallen.

Bemerkenswert ist, dass Kanzlerin Angela Merkel laut SPIEGEL/TNS mit einer Zustimmung von 65 Prozent wiederum zur populärsten deutschen Politikerin („soll wichtige Rolle spielen“), gefolgt von den SPD-Politikern Frank Walter Steinmeier (61) und Peer Steinbrück(59), sowie von Ursula von der Leyen (58) und Wolfgang Schäuble (54). Erst dann folgt Bundespräsident Christian Wulff (53), der in den letzten Wochen stark an Ansehen verlor.

(Demokratie-)Defizite in Europa

Während sich der Großteil der europäischen Eliten einig ist, dass es „mehr Europa“ zur Bewältigung der Krise bedarf, ist die Stimmung in der Bevölkerung eher skeptisch, also eher für „weniger Europa“. Regierungen wie in Spanien, Slowenien, aber auch Kroatien wurden u.a. wegen der Europapolitik abgewählt. Der Trend zu „Expertenregierungen“ wie in Griechenland und Italien stellt der Politik auch ein bedenkliches Zeichen aus, so wie Politik als Reaktion auf das Diktat von Ratingagenturen fragwürdig ist. Es werden daher auch beachtliche Demokratiedefizite bei weitreichenden EU-Entscheidungen diagnostiziert. Eine offensive Europakommunikation und ein ständiger Dialog mit den Bürgern ist daher ebenso unabdingbar wie mutige Reformen.

Allfällige Zitierungen bitte unter Quellenangabe.

Rückfragen unter h.hoesele@dreisritt.at bzw. 0664 / 18 17 481.